

vorwärts!

Nordrhein-Westfalen

Bundestagswahl am 18. September: Es geht um uns alle! Es geht um das soziale Deutschland!

VON JOCHEN DIECKMANN, VORSITZENDER DER NRWSPD

Die Bundestagswahl in einigen Tagen wird eine einschneidende Richtungsentscheidung für alle sein. Sagen wir den Menschen, wie wichtig diese Wahl für sie persönlich ist. Es geht um klare Unterschiede: Wenn Merkel mit oder ohne Westerwelle siegt, dann geht es den kleinen Leuten an den Geldbeutel.

Eine Regierung Merkel/Westerwelle wäre eine Regierung ohne soziale Balance!

Die Mehrwertsteuererhöhung auf 18 Prozent, der Wegfall der Steuerfreiheit von Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschlägen und das Zusammenstreichen der Entfernungspauschale werden die Lebensbedingungen von Millionen Arbeitnehmern und Rentnern verschlechtern und Kaufkraft verringern. „Mehrwertsteuererhöhung: Gift für die Konjunktur!“ – so konnte man noch vor wenigen Wochen mit Recht aus der Union hören.

Kopfpauschalen, die Manager und Putzfrauen über einen Kamm scheren, sind ungerecht, die Gedankenspiele reißen dazu im CDU-Wahlprogramm verschleiern nur – sie sind unsolid gerechnet und nicht finanzierbar.

Die Beschränkung des Kündigungsschutzes und das planmäßige Aushebeln von Tarifhoheit und Mitbestimmung werden Arbeitnehmer und ihre Interessensvertretungen, Betriebsräte und Gewerkschaften schwächen.

Außenpolitisch würde die Bundesrepublik mit Merkel an Selbstständigkeit und Verlässlichkeit verlieren. Nicht vergessen: Wenn es nach Merkel gegangen wäre, ständen heute deutsche Soldaten im Irak.

Noch ist nichts entschieden!

Die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler ist davon überzeugt, dass Gerhard Schröder der bessere Bundeskanzler ist. Und wenn jede und jeder von uns bis zum Wahlsonntag noch

sechs Wählerinnen und Wähler persönlich oder per Telefon anspricht, dann erreichen wir im unmittelbaren Gespräch mehr als eine Million Menschen.

Auch die letzte Bundestagswahl hatten die Konservativen aufgrund von schönen Umfragen schon für sich verbucht – und dann fehlten doch einige Tausend Stimmen.

Bei unseren Kundgebungen in Nordrhein-Westfalen mit Gerhard Schröder und Franz Müntefering gibt es starke Unterstützung. Künstler und Wissenschaftler, aber auch Gewerkschafter und Betriebsräte steigern ihr Engagement für die SPD und Bundeskanzler Gerhard Schröder.

Markenzeichen unserer Politik sind: Neue Chancen für die junge Generation eröffnen, Beschäftigung, Innovation und Wachstum als Voraussetzung für soziale Sicherheit gestalten, das Solidarprinzip erhalten und durchsetzen und Friedfertigkeit nach innen und außen gewährleisten.

Die SPD-geführte Bundesregierung hat Erneuerung und sozialen Zusammenhalt in unserem Land vorangebracht.

Unsere Politik war auf vielen Gebieten erfolgreich – wir wollen sie fortführen; und der CDU-Wahlpropaganda des

kurzen Gedächtnisses treten wir selbstbewusst entgegen:

Denkt nur an die seit 1998 massiv gestiegenen Investitionen in Forschung und Wissenschaft, die Verbesserung der Ausbildungsförderung und die Initiativen des Bundes für eine verbesserte Ganztagsbetreuung.

Nicht vergessen: Auch Frau Merkel – wie auch Herr Rüttgers – waren Mitverantwortliche der Kohl'schen Politik des Stillstands und des Aussitzens. Eine offensive Reformpolitik war nach 16 Jahren Stillstand mehr als überfällig – und wir haben sie in Angriff genommen:

- Wir haben die Erneuerung Deutschlands begonnen.
- Wir haben die Knoten gelöst und begonnen, Deutschland für die Zukunft gut aufzustellen.
- Wir sind erfolgreich dabei, die Wettbewerbsvorsprünge unserer europäischen Nachbarn aufzuholen.
- Wir wollen die soziale Balance sichern und die notwendigen Reformen fortsetzen.

Darum kämpfen wir bis Sonntag, den 18. September, um 17.59 Uhr: Es geht um die Mehrheit im neuen Bundestag und darum, dass der Bessere Bundeskanzler bleibt. ■

Regional

Herausgeber
Frank Ulrich Wessel
SPD-Landesverband NRW
Kavalleriestraße 16
40213 Düsseldorf

Redaktion
Susanna Weineck

Email
vorwaerts@nrwspd.de
Internet
www.nrwspd.de



Der Landesvorsitzende Jochen Dieckmann mit Jungen Teams

Mieterinteressen müssen Vorrang haben

AXEL HORSTMANN

VON AXEL HORSTMANN, STELLVERTRETENDER VORSITZENDER DER SPD-LANDTAGSFRAKTION NRW

Vor dem Hintergrund massenhafter Wohnungsverkäufe in Nordrhein-Westfalen hat die SPD-Landtagsfraktion die Absicht der schwarz-gelben Landesregierung scharf kritisiert, den Kündigungsschutz im Land zu verschlechtern. Vor allem CDU-Bauminister Wittke ignoriert völlig die Interessen und Sorgen Hunderttausender Mieter. Die Zahl der Wohnungsverkäufe in NRW ist in jüngster Zeit stark angeschwollen, zuletzt machte der Verkauf von 145.000 Vittera-Wohnungen Schlagzeilen und löste bei den Mietern Sorgen aus, ihre Wohnung an zahlungskräftigere Kundschaft zu verlieren. Diese Angst ist berechtigt: Hinter den neuen Eigentümern stehen oft internationale Kapitalanleger, die nicht lange auf Gewinne warten, sondern mögliche Wertsteigerungen kurzfristig realisieren wollen. Selbstverständlich kann die Politik nicht den Verkauf verhindern, sie kann und muss aber die Mieter vor dem Verlust ihrer Wohnung schützen.

Derzeit schützt die nordrhein-westfälische Kündigungssperrfristverordnung in den Regionen mit angespannten Wohnungsmärkten bestehende Mietverträge für einen Zeitraum von sechs bis acht Jahren. Würde sie, wie es CDU und FDP wollen, abgeschafft, schrumpfte dieser Zeitraum auf nur noch drei Jahre. Aber gerade dieser Bauminister Wittke sollte als ehemaliger Oberbürgermeister von Gelsenkirchen auf den deutlichen Widerspruch der Mieter und ihrer Verbände hören. Die SPD-Landtagsfraktion wird sich mit allem Nachdruck auch über parlamentarische Initiativen für die Beibehaltung der derzeit geltenden Kündigungssperrfristen beim Wohnungsverkauf einsetzen. ■



AXEL HORSTMANN



UTE SCHÄFER



GISELA WALSKEN

GISELA WALSKEN

Schwarz-gelbe Regierung streut den Bürgern Sand in die Augen

VON GISELA WALSKEN, STELLVERTRETENDE VORSITZENDE UND FINANZPOLITISCHE SPRECHERIN DER SPD-LANDTAGSFRAKTION NRW

Der neue CDU-Finanzminister macht es sich zu leicht. Zusätzliche Ausgaben im Länderfinanzausgleich, die erst nach Ablauf des II. Quartals 2005 feststanden, sollen einfach über zusätzliche Schulden ausgeglichen werden. Die neue schwarz-gelbe Landesregierung handelt nicht, sie resigniert. Gleichzeitig soll den Bürgern und Bürgern über einen Trick vermittelt werden, all dies sei die alte Regierung schuld. Der Finanzminister verschiebt offensichtlich Verbindlichkeiten aus ausgelagerten Bereichen wie dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb in den Landeshaushalt. Das ist unredlich und unwirtschaftlich. Denn innerhalb der Wirtschaftsbetriebe stehen den Verbindlichkeiten hohe Investitionen gegenüber. Die Regierung will dadurch offensichtlich ihr Tafelsilber schuldenfrei machen, um es anschließend veräußern zu können.

„Die neue schwarz-gelbe Landesregierung handelt nicht, sie resigniert.“

Der Vorwurf, die SPD-geführte Landesregierung habe in den vergangenen Jahren eine Verschleierungstaktik angewandt, ist energisch zurückzuweisen. Denn es ist eine bloße Behauptung, die durch nichts begründet ist. In den Haushaltsberatungen der vergangenen Jahre sind sämtliche Zahlen der Wirtschaftspläne offen gelegt worden. Anstatt der Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen, soll die schwarz-gelbe Regierung eine verantwortliche Schuldenpolitik betreiben. Die SPD-Landtagsfraktion wird sich den Nachtragshaushalt genau ansehen, ob er sich im Rahmen der Verfassung bewegt; und wenn das nicht der Fall sein sollte, nach Münster vor den Verfassungsgerichtshof ziehen. ■



Die Fraktion.

Bei CDU und FDP gibt es gute Schulen nur noch für Kinder von Reichen

VON UTE SCHÄFER, STELLVERTRETENDE VORSITZENDE UND BILDUNGSPOLITISCHE SPRECHERIN DER SPD-LANDTAGSFRAKTION NRW

Die von der neuen schwarz-gelben Landesregierung geplante Abschaffung der Schuleinzugsbezirke führt an den Grundschulen in Nordrhein-Westfalen zu mehr sozialer Auslese und weniger Chancengleichheit. Nur reiche Eltern können es sich leisten, ihre Kinder täglich in weiter entfernte Stadtteile zu bringen. Daher hat die SPD-Landtagsfraktion den Antrag „Auslese und unfairen Wettbewerb verhindern“ in das Parlament eingebracht, in dem die Beibehaltung der Schuleinzugsbezirke in den Kommunen Nordrhein-Westfalens gefordert wird. Die Grundschule muss weiterhin, wie es auch das Grundgesetz vorsieht, eine wohnortnahe Schule für alle Kinder sein. Nur so kann sie ihrem sozialen und integrativen Auftrag gerecht werden. Der unsoziale Kurs der neuen schwarz-gelben Landesregierung hingegen führt dazu, dass es künftig gute Schulen für Reiche und schlechte Schulen für Arme geben wird.

„Niemand darf auf der Strecke bleiben.“

Auch zu der Ankündigung der neuen Landesregierung, Rankings zwischen den Schulen zu veröffentlichen, hat die SPD-Landtagsfraktion Stellung bezogen. Hier sollen durch die Einführung von Instrumenten aus der freien Marktwirtschaft Äpfel mit Birnen verglichen werden. Ein Vergleich zwischen Schulen, die unter sehr verschiedenen, eben nicht vergleichbaren Bedingungen arbeiten, ist unfair und in seinen Auswirkungen verheerend. Es bedeutet einen marktradikalen Wettbewerb zwischen Schulen, die mit ihren schwierigen Aufgaben allein gelassen werden. Die SPD-Landtagsfraktion wird dagegen halten und setzt auf die Selbstständige Schule, die eingebunden ist in einen organisierten Qualitätsentwicklungsprozess. Denn nur so kann das verhindert werden, was für den „freien“ Wettbewerb charakteristisch ist. Niemand darf auf der Strecke bleiben. Es muss weiterhin ein öffentliches Bildungsangebot mit gleichen Entwicklungschancen für alle Kinder und Jugendlichen geben. ■

Die Fraktion geht in Klausur

Am 23. und 24. September 2005 findet in Arnsberg eine Fraktionsklausur statt. Hier werden die Schwerpunkte der zukünftigen Arbeit im Parlament erarbeitet. Wir berichten im nächsten Vorwärts.

KLUSUR
SEPTEMBER

Neu aufstellen für den gemeinsamen Erfolg

Aus einem Brief des Landesvorsitzenden Jochen Dieckmann und des Generalsekretärs an Funktionäre der NRWSPD

Der Bundesparteitag in Berlin war ein gelungener Auftakt für die Schlussmobilisierung zur Bundestagswahl am 18. September. Trotz Umfragenvorsprungs für die Union ist die Situation auch aus der Sicht vieler Wähler noch offen.

Schlusspunkt jetzt!

Das Wahlwochenende muss noch einmal mit flächendeckenden Aktionen „rund um die Uhr“ signalisieren: Die SPD kämpft bis zur letzten Minute. Für eine Reihe strategisch besonders umkämpfter Wahlkreise organisiert die Landespartei gezielte Schlussporthilfe, weil gerade diesmal der Kampf um die Direktmandate besonders wichtig ist.

Konsequenzen aus den Wahlen 2004/ 2005 – die Neuaufstellung der NRWSPD

Nach einer gemeinsamen Sitzung von Präsidium und Landesvorstand am 19. September wollen wir eine erste Einschätzung unserer Situation nach dem Wahlmarathon und notwendige Konsequenzen in allen Unterbezirken und Regios diskutieren. Ein Positionspapier „Die NRWSPD nach dem Wahlmarathon“ soll Diskussionsgrundlage sein.

Wir wollen noch im September beginnen, in unseren Prozess der Neuaufstellung – inhaltlich und organisatorisch – einzusteigen. Ziele sind der Ausbau kommunaler Mehrheiten 2009 und die Rückgewinnung der Mehrheit in NRW 2010 – ohne die Europawahl und die nächste Bundestagswahl zu vergessen.

Der Landesvorsitzende Jochen Dieckmann stellt sich in den vier Regionen der Diskussion. Alle Mitglieder des Präsidiums stehen für Unterbezirksvorstandssitzungen, Unterbezirksausschusssitzungen, Ortsvereinsvorsitzendenkonferenzen usw. zur Verfügung. Ziel ist es, in jedem Unterbezirk eine Veranstaltung durchzuführen.

Beim Landesparteirat* werden wir eine erste Bündelung des bisher Erarbeiteten vornehmen und über den Stand unter anderem auch der strukturellen Neuausrichtung des Landesverbandes berichten.

In seiner Klausurtagung wird der Landesvorstand am 21./22. Oktober die Ergebnisse aus den Diskussionen in den Unterbezirken und Regionen zusammenführen und auch seine Marschroute für den Bundesparteitag im November festlegen. Auf Vorschlag des Generalsekretärs wird der Vorstand ein Arbeitsprogramm als „Fahrplan 09/ 10“ beschließen.

Hinweis für Unterbezirke und Ortsvereine: Lasst uns zu diesem wichtigen Termin eure Vorschläge, Einschätzungen und Stellungnahmen zukommen.

Zukunftskonvent der NRWSPD am 5. November 2005 in Oberhausen

Der Auftakt für die öffentliche Zukunftsdiskussion der NRWSPD erfolgt am 5. November auf einem großen Zukunftskonvent in Oberhausen. Eingeladen werden die Mandatsträger und Funktionäre aller Gliederungsebenen der NRWSPD, aber

auch die an der Zukunftsdiskussion interessierten Mitglieder, sowie Gäste aus Verbänden, Unternehmen, Gewerkschaften und Wissenschaft. Anhand von Thesen der vier stellvertretenden Landesvorsitzenden werden wir mit Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gewerkschaften diskutieren.

Es ist unser Ziel, möglichst viele Unterstützer der SPD im Bundestagswahlkampf für die Zukunftsdiskussion der NRWSPD zu gewinnen.

Ansprechpartner im Landesbüro für den Konvent ist **Rudolf Hartung** (Tel.: 0211-13622-332 email: rudolf.hartung.nrw@spd.de).

Der Konvent ist zugleich Auftakt eines Arbeitsprozesses aller Gliederungen der NRWSPD. Mit unserem Arbeitsprogramm „Fahrplan 09/10“ wollen wir uns gemeinsam inhaltlich, personell und organisatorisch fit machen für die Herausforderungen der Wahlentscheidungen 2009/ 2010.

*Mit UB-Vorsitzenden, voraussichtlich am 1. Oktober.

Anmeldecoupon bitte per Fax, Post an:

NRWSPD

z.Hd. Rudolf Hartung
Kavalleriestr. 16, 40213 Düsseldorf

Fax: 02 11/1 36 22-53 32 oder unter
www.nrwspd.de/zukunftskonvent

- Schickt mir eine Einladung zum NRW-Zukunftskonvent am 5. November
- Nehmt mich in den Informationsverteiler für die Zukunftsdiskussion NRW auf.
- Besonders interessiert bin ich am Themenbereich _____

Name: _____

Anschrift: _____ Funktion/ Beruf: _____

E-mail: _____ Organisation/ Firma/ Verband: _____

✂ -----

ZDF-Detektiv Wilsberg jetzt SPD-Mitglied



Münster. Der bekannte Wilsberg-Darsteller Leonard Lansink war schon lange SPD-Sympathisant. Jetzt hat er im Rahmen der Party zum TV-Duell* vom Vorsitzenden der SPD Münster, Christoph Strässer, sein Parteibuch erhalten.

Schon im Kommunalwahlkampf hatte Lansink den Münsteraner SPD-Kandidaten unterstützt. In einer Anzeige hatte Lansink alias Georg Wilsberg verlauten lassen, dass er den Strässer ganz gut kenne und ihm sogar Mannis Auto leihen würde. Eine Anspielung auf einen Running-Gag aus der Erfolgsserie „Wilsberg“. Lansink lebt in Berlin und wird zukünftig in einer SPD-Abteilung in seinem „Heimatkiez“ als Mitglied geführt. ■

*TV-Duell zwischen Gerhard Schröder und Angela Merkel am 4. September 2005

NRW – Zukunftskonvent

Samstag, 5. November 2005

10.00-16.00 Uhr in Oberhausen

Nach einer Grundsatzrede des Landesvorsitzenden Jochen Dieckmann zur Standortbestimmung der NRWSPD wollen wir am 5.11. anhand von Thesen mit Experten und Vertretern aus Unternehmen, Wissenschaft und Gewerkschaften u.a. folgende Fragen diskutieren:

Thema 1: „Vernetzte Gesellschaft“

Wie wollen Sozialdemokraten bürgerschaftliches Engagement verbreitern? Welche Chancen und Risiken sehen wir in Public Private Partnership (PPP) als Prinzip für staatliches und kommunales Handeln?

Thema 2: „Besser statt billiger – NRW in Europa: Spitze sein und Spitze bleiben“

Was bedeutet dies für die praktische Politik angesichts des Produktivitätsfortschritts in neuen EU-Ländern – aber auch in Asien? Welche Konsequenzen hat dies für die Wissenschafts-, Forschungs- und Industriepolitik?

Thema 3: „Werteorientierung sozialdemokratischer Politik unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts“

Welche Anforderungen gibt es an ein modernes Grundsatzprogramm der SPD?

Thema 4: „Teilhabe für alle.“ – Chancengleichheit und Integration angesichts des Auseinanderfallens der Gesellschaft in den Ballungsgebieten

Welche Anforderungen muss sozialdemokratische Politik erfüllen, um sicheres Leben, soziale Sicherheit und Chancengerechtigkeit in Bildung, Ausbildung und Arbeit zu ermöglichen?